

13. April 2025

Absolut indiskutabel: Neue Bundesregierung plant Eingriff auf die Tarifautonomie der GKV

In ihrem Koalitionsvertrag haben sich Union und SPD nun darauf geeinigt, die Gehälter bei den gesetzlichen Krankenkassen und dem Medizinischen Dienst künftig am TVöD auszurichten – mit dem erklärten Ziel, auf diese Weise erhebliche Einsparpotenziale zu realisieren. Damit ist klar: Trotz aller Gespräche, Proteste und fundierter Einwände unsererseits wurde dieser Vorschlag in den Koalitionsvertrag übernommen.

Das ist ein klarer Eingriff in die verfassungsrechtlich garantierte Tarifautonomie. Die Gehälter bei gesetzlichen Krankenkassen sind Ergebnis freier Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern! Dass Einsparungen ausdrücklich als Ziel genannt werden, macht deutlich: Hier soll zulasten der Beschäftigten gespart werden.

Trotz vieler Gespräche: Angriff auf die Tarifautonomie jetzt im Koalitionsvertrag

Auch wenn es sich zunächst nur um einen geleakten Zwischenstand handelte – nun ist klar: Die entsprechende Passage wurde in den Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD übernommen. Das ist ein frontaler Angriff auf die Tarifautonomie und eine politische Entscheidung gegen die Beschäftigten in der GKV.

Ein verfassungsrechtlicher Tabubruch

Wir halten diese Festlegung weiterhin für einen **unrechtmäßigen Eingriff in die Tarifautonomie**. Die Absicht, über politische Vorgaben in bestehende tarifliche Aushandlungsprozesse einzugreifen, widerspricht dem verfassungsmäßigen Recht auf die Koalitionsfreiheit.

Beschäftigte sind keine Haushaltsreserve

Der Vorschlag der Koalitionsparteien ignoriert weiterhin die Fakten: Die Personalkosten machen nur einen Bruchteil der GKV-Ausgaben aus. Der größte Teil fließt in Gesundheitsleistungen wie Arzneimittel und ärztliche Versorgung. Während in anderen Bereichen der Gesundheitswirtschaft – etwa der Pharmaindustrie – hohe Gewinne erzielt werden, sollen nun ausgerechnet die Beschäftigten der GKV für die Finanzlücken des Systems aufkommen

Dabei leisten die Beschäftigten in der GKV tagtäglich anspruchsvolle und verantwortungsvolle Arbeit – unter zunehmendem Druck durch Personalmangel und Digitalisierung. Statt ihre Leistungen anzuerkennen, werden populistische Narrative bedient.

Strukturelle Entlastung der GKV Finanzen? Fehlanzeige!

In den letzten Entwürfen des Koalitionsvertrags war vorgesehen, die Beiträge für Bürgergeldempfänger*innen künftig vollständig aus Steuermitteln zu finanzieren – eine langjährige Forderung von ver.di. Auch die Dynamisierung des Bundeszuschusses zur GKV war angedacht. Beides wurde in der finalen Fassung des Koalitionsvertrags gestrichen.

